

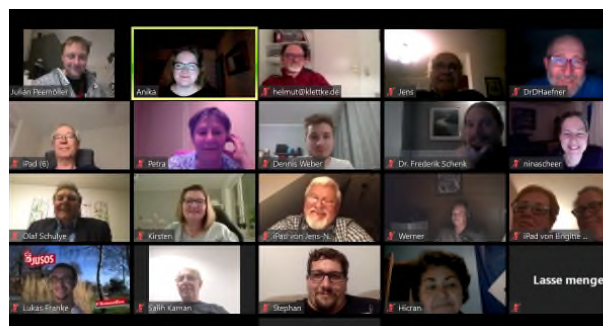


## NEWSLETTER

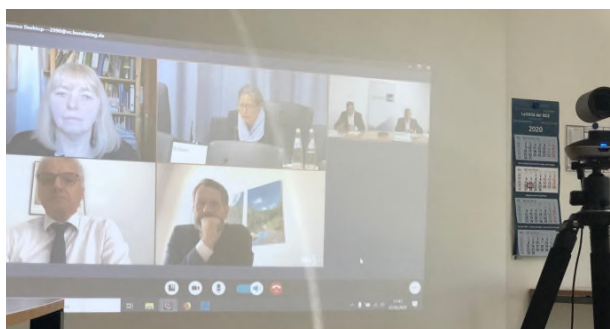
4/2020



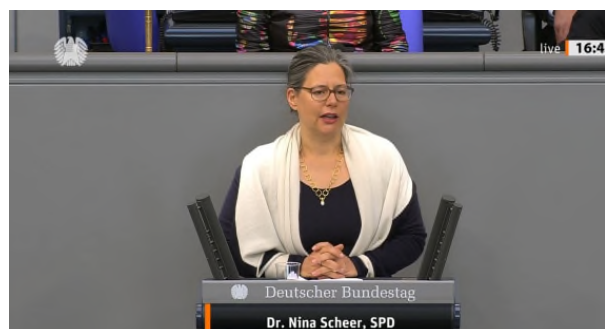
Zu Gast bei Daniela Kolbe, MdB zur Online-Diskussion über Klimaschutz



Bei der ersten Online-Mitgliederversammlung der SPD Geesthacht



Fachgespräch zum Thema „Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Asse II“



Rede im Deutschen Bundestag: Zweite und dritte Lesung Geologiedatengesetz

Liebe Leserinnen und Leser,

der vorliegende Newsletter 4/2020, der den Zeitraum vom 1. April bis einschließlich 7. Mai umfasst, widmet sich fortgesetzt im Schwerpunkt den Herausforderungen und Handlungsbedarfen, die mit der Corona-Pandemie einhergehen. Zusätzliche Informationen finden sich unter:

<https://www.nina-scheer.de/coronavirus>

Die Informationen umfassen auch eine Übersicht für Hilfsangebote bei häuslicher Gewalt. Hier bedarf es in der aktuellen Situation einer ganz besonderen Sensibilität und Aufmerksamkeit. Daher stehe ich auch eng mit den verantwortlichen Akteuren, etwa dem Frauenhaus in Schwarzenbek im Austausch, um politische Handlungsbedarfe unmittelbar aufzunehmen.

Die nun in Rede stehenden Rücknahmen von Beschränkungen müssen mit Schutzvorkehrungen Hand in Hand gehen. Nur so können wir uns in der Gesellschaft darauf einstellen, im Alltag, im Beruf und bei Freizeitaktivitäten das Risiko von Neuinfektionen gering zu halten.

Viel stärker müssen dabei auch Menschen mit Behinderungen, ihre Angehörigen und zu Pflegenden in den Blick genommen werden. Es kann nicht sein, dass die Gruppen, die sich am schwächsten artikulieren können, am wenigsten Unterstützung erfahren.

Die Ausgabe behandelt u.a. ferner das am 23. April im Bundestag verabschiedete Geologiedatengesetz, an dem ich als zuständige Berichterstatterin der AG Umwelt in der SPD-Bundestagsfraktion beteiligt war. Das Gesetz regelt die Übermittlung und Sicherung geologischer Daten für die geologische Landesaufnahme. Zudem erläutere ich Positionierungen zu verschiedenen Themen.

Änderungen am Infektionsschutzgesetz werden erst in der nächsten Ausgabe behandelt. An dieser Stelle sei nur bereits erwähnt, dass es gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion gelungen ist, die gesetzlichen **Grundlagen für einen Immunitätsausweis**, wie sie noch vom Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn enthalten waren, aus dem Gesetzentwurf **wieder zu streichen**.

Für diese und weitere Themen wünscht Ihnen und euch anregendes Lesen



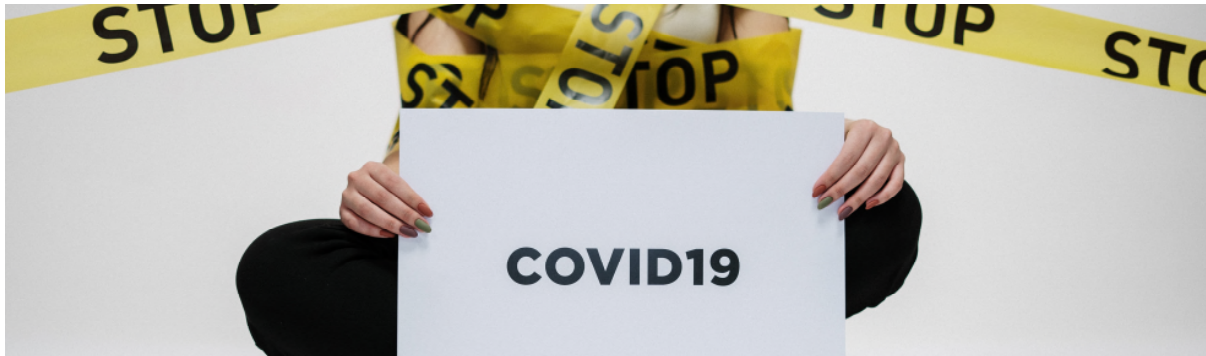
## Aktuelles und Positionen

### Corona-Pandemie

Die sich fortentwickelnden Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie erfordern ein stetiges wachsam sein für notwendige Korrekturen. In diesem Sinne danke ich allen, die während der letzten Wochen auf den verschiedensten Wegen mit Initiativen wurden oder sich mit Vorschlägen und Situationsbeschreibungen zu Wort gemeldet haben. Dies reicht von Hinweisen auf in diesen Zeiten besonders zu berücksichtigende Maßnahmen zur Gewaltprävention und für Jugendschutz, über besseren Schutz in der Pflege bis hin zur Handhabung der landesseitigen Umsetzungsschritte vor Ort in den Städten und Gemeinden. Die Corona-Pandemie gibt unserer Gesellschaft meines Erachtens dabei bereits heute zentrale Erkenntnisse und daraus folgende übergeordnete Aufgaben auf den Weg:

- Die heute erfolgreichen Maßnahmen, vom Kurzarbeitergeld, die Besserstellung der Pflegeberufe, eine zu stärkende Daseinsvorsorge und heimische Wertschöpfung bis hin zu einem gut auszustattenden Gesundheitssystem und Fürsorge insbesondere gegenüber den Schwächeren in der Gesellschaft entsprechen sozialdemokratischem Programm, dem sich CDU/CSU nun in Krisenzeiten anschließen.
- Ein ökonomisch und rechtsstaatlich starker Staat ist unverzichtbar. Mit Neoliberalismus wären all die erfolgreichen Maßnahmen der letzten Wochen nicht erreichbar gewesen. Anhand von fehlenden Atemschutzmasken ist zu erkennen, dass Marktgläubigkeit, Privatisierung und Gewinnmaximierung, wie sie in der Vergangenheit zur Auslagerung von Produktionsprozessen und Importabhängigkeiten führten, der Handlungs- und Schutzunfähigkeit eines Staates zu Lasten einer starken Daseinsvorsorge schaden.
- Beschleunigungsfaktoren für Pandemien, wie etwa intensive Landwirtschaft, Antibiotikaresistenzen, aber auch Klimawandelbedingte Auslöser müssen als Warnung begriffen werden: es gilt die Globalisierung sozial-ökologisch zu transformieren – nach Maßgabe der Gemeinwohl-Ökonomie.
- Die Krisenzeit veranlasst Geschlossenheit und Einheit hinter eine handlungsfähige Regierung. Was kurzfristig dient, muss eine Gesellschaft aber auch langfristig stabilisieren. Es darf somit nicht zur Aushöhlung des Parlamentarismus kommen. Zurzeit drohen sich die Staatsgewalten auf die Exekutive und die – sie korrigierende – Judikative zu verengen. Eine reduzierte bzw. verengte Beteiligung des Parlaments kann in Krisenzeiten zwar akut zur beschleunigten Umsetzung von Maßnahmen verhelfen, birgt zugleich aber das Risiko mangelnder gesellschaftlicher Verankerung der Maßnahmen und hierbei schwindender politischer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Denn mit der Konzentrationswirkung auf Regierungshandeln drohen auch Parteien und ihre Mitglieder an politischer Bedeutung zu verlieren. Parteien müssen auch in Krisenzeiten der grundgesetzliche Auftrag zur Mitwirkung an der öffentlichen Meinungsbildung erhalten bleiben.

- Die Corona-Pandemie verdeutlicht die Notwendigkeit von Solidarität als Garant für Frieden und Völkerverständigung. Ob es um die Entwicklung eines Impfstoffes oder um die Versorgung mit Schutzkleidung geht: gemeinwohlorientiertes Handeln erfordert transnationale Zusammenarbeit und Solidarität. Handelskriege nach „America First“-Manier schaden letztlich allen und führen zu einer ethischen Verarmung der Menschheit.



Nachdem das Tragen von Alltagsmasken zunächst nur „dringend“ empfohlen wurde, ist es inzwischen durch landesseitige Regelungen in jedem Bundesland für den ÖPNV und beim Einkaufen Pflicht. Dies ist meiner Meinung nach unverzichtbar an Orten des engen Kontaktes. Es ist leider zu beobachten, dass es nicht überall beachtet wird. Ohne dies wird es aber schwierig, wirksam die Zeit bis zu einem - dann auch in der Breite verfügbaren - Impfstoff zu überbrücken. Ich teile dabei nicht die Sorge, dass die Menschen über das Tragen der Masken unvorsichtig beim Einhalten von Abständen werden. Ganz im Gegenteil: meiner Beobachtung entspricht es eher, dass die Masken im öffentlichen Raum die erforderliche Aufmerksamkeit ins Gedächtnis rufen und damit auch Abstand-Halten selbstverständlicher wird.

Unterstreichen möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch meine andernorts schon geäußerte Erwartung, für die breite Bevölkerung geeignete Masken verfügbar zu stellen – und zwar kostenfrei. So genannte OP-Masken sollten flächendeckend ausgegeben werden. Die Bevölkerung darf damit nicht allein gelassen werden, da nicht alle Menschen gleichermaßen einen Zugang zu geeigneten Masken haben. OP-Masken sind laut Studien deutlich schützender als selbstgefertigte Masken. Somit muss es erklärtes Ziel sein, auch in der Bevölkerung für den sog. Alltagsgebrauch eine kostenfreie Versorgung mit Atemschutzmasken sicherzustellen. Auch hier hat der Staat eine Schutzpflicht, (vgl. auch: <https://www.nina-scheer.de/scheer-breite-versorgung-mit-schutzmasken-auch-fuer-alltagsgebrauch-unternehmen-notfalls-zur-produktion-verpflichten>).

Vor diesem Hintergrund sollten von Seiten des Bundesgesundheitsministers alle ihm mit den Neuregelungen des Infektionsschutzgesetzes an die Hand gegebenen Möglichkeiten schnellstens umgesetzt werden. In diesem Sinne bin ich zudem der Meinung und habe dies auch für die SPD-Fraktion entsprechend aufbereitet, dass auch Unternehmen, die „solche Produkte“ – auch für den Alltagsgebrauch – bisher zwar noch nicht herstellen, aber herstellen könnten, hierzu verpflichtet werden (natürlich auch mit Entschädigung). Die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes im März 2020 ermöglichen dem Bundesgesundheitsminister, per Rechtsverord-



nung entsprechend zu handeln. Dies muss meines Erachtens dringend geschehen. Ergänzend sollte das Infektionsschutzgesetz noch verschärft werden, sodass auch noch weitere Unternehmen aus fachlich nahe-liegenden Branchen verpflichtet werden können. Auch eine solche Gesetzesänderung habe ich innerfraktionell eingebracht.

Am 22. April beschloss der Koalitionsausschuss folgende weitere – noch umzusetzende – Maßnahmen:

### **Anhebung des Kurzarbeitergeldes**

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Kurzarbeit werden ab 1. Mai bis 31. Dezember 2020 die bereits bestehenden Hinzuverdienstmöglichkeiten mit einer Hinzuverdienstgrenze bis zur vollen Höhe des bisherigen Monatseinkommens für alle Berufe geöffnet. Das Kurzarbeitergeld wird für diejenigen, die Corona-Kurzarbeitergeld für ihre um mindestens 50 Prozent reduzierte Arbeitszeit beziehen, ab dem 4. Monat des Bezugs auf 70 Prozent (bzw. 77 Prozent für Haushalte mit Kindern) und ab dem 7. Monat des Bezuges auf 80 Prozent (bzw. 87 Prozent für Haushalte mit Kindern) des pauschalierten Netto-Entgelts erhöht, längstens bis 31. Dezember 2020.



### **Verlängerung des Arbeitslosengeldes**

Da Erwerbslose derzeit kaum in neue Jobs vermittelt werden, soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verlängert werden – um drei Monate und für diejenigen, deren Anspruch zwischen dem 1. Mai und 31. Dezember 2020 enden würde. Für Arbeitslose ab 50 Jahren steigt die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes in mehreren Schritten auf bis zu 24 Monate an. Voraussetzung: Sie waren 48 Monate oder länger versicherungspflichtig. Eine Entlastung für die Gastronomie bringt zudem die Absenkung der Mehrwertsteuer für Speisen, die ab dem 1. Juli befristet bis zum 30. Juni 2021 auf den ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent gesenkt wird.

Zu den Beschlüssen auf Bundes- und auf Landesebene:

- <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/973812/1744226/bcf47533c99dc84216ded8772e803d4/2020-04-15-beschluss-bund-laender-data.pdf?download=1>
- [https://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/Coronavirus/\\_documents/teaser\\_erlasse.html](https://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/Coronavirus/_documents/teaser_erlasse.html)
- <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/telefonschaltkonferenz-der-bundeskanzlerin-mit-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-laender-am-06-mai-2020-1750988>

## Aus dem Bundestag zur Corona-Pandemie

### Zeitlich befristete Anpassung des Elterngeldes

Mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona Pandemie wächst die Zahl von Eltern, die die Voraussetzungen für den Bezug von Elterngeld nicht mehr einhalten können. Eltern, die unter anderem als Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte, Polizistinnen und Polizisten tätig sind, werden an ihrem Arbeitsplatz dringend benötigt und können weder über den Arbeitsumfang noch über die Arbeitszeit selbst bestimmen. Menschen aus Berufsgruppen, die von Kurzarbeit oder Freistellungen betroffen sind, können in wirtschaftliche Notlage geraten. Die bisherigen Regelungen des Bundeselterngeld und - Elternzeitgesetzes (BEEG) sind auf diese außergewöhnliche Situation nicht abgestimmt. Um betroffene Familien in der aktuellen Lebenslage weiterhin effektiv mit dem Elterngeld unterstützen zu können, verabschiedete der Bundestag mit zweiter und dritter Lesung vom 7. Mai eine zeitlich befristete Anpassung.



Konkret bekommen Eltern, die in systemrelevanten Berufen arbeiten, die Möglichkeit ihre Elterngeldmonate aufschieben zu können. Bei der Elterngeldvariante „Partnerschaftsbonus“ sollen Eltern ihren Anspruch nicht verlieren, wenn sie aufgrund der Covid-19-Pandemie mehr oder weniger arbeiten als geplant. Während des Bezugs von Elterngeld sollen Einkommensersatzleistungen, die Eltern aufgrund der Covid-19-Pandemie erhalten, die Höhe des Elterngelds nicht reduzieren. Es wird ein zusätzlicher Ausklammerungstatbestand für Monate mit Einkommenseinbußen aufgrund der Covid-19-Pandemie eingeführt. Diese Monate fließen dann bei der Bemessung des Elterngeldes nicht mit ein.

### Unterstützung von Wissenschaft und Studierenden

Wie viele andere Berufsgruppen leiden auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Mit am 7. Mai verabschiedeten Änderungen am Wissenschaftszeitvertragsgesetz soll eine zeitlich befristete Übergangsregelung Abhilfe schaffen. Die Höchstbefristungsdauer für Qualifizierungen soll demnach um sechs Monate verlängert werden, wenn sich zum Beispiel Forschungsprojekte aufgrund der aktuellen Ausnahmesituation verzögern.

Zum anderen sehen die bildungsbezogenen Gesetzesänderungen vor, Rahmenbedingungen für Studierende und junge Menschen in schulischer Ausbildung, die sich



für die Bekämpfung der Corona-Pandemie engagieren, zu verbessern und die bereits geschaffenen Anreize zu verstärken. Der Hinzuverdienst aus allen systemrelevanten Branchen und Berufen soll demnach künftig komplett von der Anrechnung auf das BAföG ausgenommen sein.

## **Gutschein-Regelungen**

Durch die Corona-Pandemie und der damit verbundenen Veranstaltungsverbote mussten lange geplante Musik-, Kultur-, Sport- und sonstige Freizeitveranstaltungen abgesagt und viele Freizeiteinrichtungen geschlossen werden. Laut Schätzungen des Bundesverbands der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft wurden rund 80.000 Veranstaltungen für März bis Mai abgesagt. Inhaber von Eintrittskarten oder Nutzungsberechtigungen wären nach geltendem Recht berechtigt, die Erstattung des Eintrittspreises oder Entgelts von dem jeweiligen Veranstalter oder Betreiber zu verlangen.



Um die Liquidität der Veranstalter zu sichern, war zunächst für den 7. Mai die Verabschiedung gesetzlicher Grundlagen geplant, die es ermöglichen sollen, anstelle der Erstattung des Eintrittspreises einen Gutschein auszugeben. Da es noch Beratungsbedarf innerhalb der Regierungsfractionen gibt, wurde diese Entscheidung um eine Woche vertagt. Der Gutschein kann für alle Tickets gelten, die vor dem 8. März gekauft wurden, dann entweder für eine Nachholveranstaltung oder zur Einlösung für eine alternative Veranstaltung. Löst man seinen Gutschein nicht ein, hätte man bis zum 31. Dezember 2021 Anspruch auf Auszahlung des bezahlten Ticketprei-



ses. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen aber weiterhin das Recht haben, die Auszahlung des Gutscheinwertes sofort zu verlangen, wenn ihnen die Annahme des Gutscheins aufgrund ihrer persönlichen Lebensverhältnisse unzumutbar ist.

Im **Pauschalreiserecht** ist die Erstattungspflicht aufgrund der Vorgaben der Pauschalreise richtlinie geregelt. Hier kann Deutschland ohne eine entsprechende Anpassung der Richtlinie keine abweichende Regelung treffen.



Mit Blick auf die kritische Haltung der EU-Kommission zu Gutscheinelösungen für Reisen, rückten zunächst CDU/CSU und dann auch die SPD von einer solchen Regelung vorerst wieder ab. Die Gutscheinelösung sah vor, dass bei abgesagten Reisen die Verbraucher Gutscheine statt einer sofortigen Rückzahlung bekommen. Bei Pauschalreisen gilt allerdings EU-Recht.

Es soll nun eine Fonds-Lösung zur Entschädigung der Reiseunternehmen entwickelt werden, die in die Zuständigkeit von Bundeswirtschaftsminister Altmaier fällt. SPD-seitig wird gefordert, dass die Reisebranche den Fonds innerhalb einer bestimmten Frist wieder auf-füllen muss, damit keine Überförderung stattfindet. Für Flugtickets ergibt sich der Erstattungsanspruch aus der unmittelbar geltenden Fluggastrechteverordnung. Ein Gutschein kann bislang nur auf freiwilliger Basis erteilt werden. Hier kann nur der europäische Gesetzgeber tätig werden.

## Weitere Themen aus dem Bundestag

### Geologiedatengesetz

Am 23. April hat der Bundestag das Geologiedatengesetz in zweiter und dritter Lesung beschlossen. Das Gesetz ist auch im Zusammenhang mit der Suche nach einem Atommüll-Enlager von Bedeutung. Es regelt die Übermittlung, Sicherung und Veröffentlichung von Daten für die geologische Landesaufnahme. Nach dem Gesetz werden geologische Daten in drei Kategorien unterteilt. Alle staatlich erhobenen Daten müssen künftig spätestens nach sechs Monaten veröffentlicht werden. Auch Ergebnisse nichtstaatlicher geologischer Messungen und Bohrungen (sog. „Fachdaten“) werden künftig nach spätestens zehn Jahren öffentlich. Aufgrund ihres Alters werden somit ca. 97 Prozent aller bestehenden geologischen Fachdaten öffentlich. Über weitere Daten muss im Einzelnen entschieden werden. Sie stehen



aber der für den Atom-Endlager-Suchprozess verantwortlichen bundeseigenen Bundesgesellschaft für Endlagerung; BGE zur Verfügung.



Nach aktuellem Stand wird die BGE im Herbst einen sogenannten Zwischenbericht Teilgebiete vorlegen. Der Bericht grenzt ausgehend von einer „weißen Landkarte“ anhand festgelegter Kriterien mehrere Teilgebiete ein, die sich aufgrund der geologischen Beschaffenheit ihres Untergrunds für die Errichtung eines Endlagers grundsätzlich eignen. Damit die Öffentlichkeit die von der BGE vorgenommene Eingrenzung nachvollziehen kann, werden auch sämtliche entscheidungserhebliche Tatsachen und Erwägungen dargestellt und die zugrundeliegenden Daten veröffentlicht. Für Daten, die aufgrund der oben genannten Fristen (noch) nicht öffentlich zugänglich sind, muss das öffentliche Recht auf Transparenz mit den Eigentumsrechten der Dateninhaber im Einzelfall abgewogen werden.

Doch auch Daten, die (noch) nicht veröffentlicht werden dürfen, gehen dem Endlager-Suchprozess nicht verloren. Für die unabhängige Begleitung des Standortauswahlverfahrens und insbesondere die Öffentlichkeitsbeteiligung wurde das Nationale Begleitgremium (NBG) ins Leben gerufen. Dieses besteht aus anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie ZufallsbürgerInnen und kann auch Einblick in die nichtöffentlichen Daten nehmen.

Auch wenn ich mir eine noch umfassendere automatische Öffentlichmachung gewünscht hätte, ist es immerhin gelungen, mit den jetzigen Abwägungsprozessen eine weitgehende Öffentlichmachung zu gewährleisten. Voraussichtlich wird es zu entsprechenden Anpassungen nun aber noch über den Vermittlungsausschuss mit dem Bundesrat kommen.

## **Neues Bundeswehr-Mandat: Waffenembargo gegen Libyen**

Am 7. Mai stimmte der Bundestag über die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten militärischen Krisenbewältigungsoperation im Mittelmeer EUNVFOR MED IRINI (BT-Drucksache 19/18951) ab. Hierzu gab ich die folgende persönliche Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zu Protokoll:

„Seit dem Sturz von Machthaber Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 herrscht in Libyen ein Bürgerkrieg. Insbesondere der Konflikt zwischen der international aner-

kannten Regierung des Nationalen Einvernehmens (RNE) in Tripolis unter Premierminister al-Sarraj und der Libyschen Nationalen Armee (LNA) von General Haftar destabilisieren das Land und haben bereits mehr als 2.000 Tote gefordert.

Die neue militärische Operation EUNAVFOR MED IRINI zielt darauf, das Waffenembargo der Vereinten Nationen gegen Libyen durchzusetzen, Menschen schmuggeln und illegale Öl-Exporte zu unterbinden und die libysche Küstenwache auszubilden. Die Bundeswehr soll dabei Aufgaben wie die Seeraumüberwachung auf und über See und die Lagebilderstellung übernehmen und dafür bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten entsenden können. Mit der Beteiligung an der Mission will die Bundesregierung nach eigenem Bekunden „zu einer stabilisierenden Wirkung auf Libyen sowie zu dem durch die Vereinten Nationen geführten politischen Friedensprozess des Landes“ beitragen. Vorgesehen ist bei der Mission ein „Pull-Faktor-Mechanismus“, der den Einsatz von Schiffen einschränken kann, wenn Mitgliedsländer den Eindruck haben, dass sie Migrationsbewegungen hervorruft.

Als rechtliche Grundlage werden unter anderem das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, verschiedene Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und der Beschluss 2020/472/GASP des Rates der Europäischen Union angeführt. Das Mandat ist befristet bis 30. April 2021.

Es ist grundsätzlich ein positiver Schritt, dass sich die Europäische Union nach jahrelanger Uneinigkeit mit Blick auf die Lage in Libyen nun darauf verständigen konnte, eine Mission im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durchzuführen, um das Waffenembargo der Vereinten Nationen gegen Libyen umzusetzen. Schließlich hängen die Ausweitung von Konflikten und Waffenlieferungen unmittelbar zusammen. Nur wenn Waffenlieferungen auch in der Praxis unterbunden werden, können rechtliche Lieferstopps wirken. Um dies zu erreichen, müssten aber auch Waffenexporte in alle am Libyen-Krieg beteiligte Staaten gestoppt werden. Dies geschieht bislang allerdings nicht. Über Rüstungsexporte an die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten auf der einen und an die Türkei und Katar auf der anderen Seite, wird zudem ein politischer Prozess erschwert. Dies haftet auch dem hiesigen Bundeswehreinsatz an, was ich ausdrücklich kritisiere.

Außerdem sind im Rahmen der neuen Mission ähnlich wie bei der Vorgängeroperation EUNAVFOR MED SOPHIA die Ausbildung und der Kapazitätsaufbau der libyschen Küstenwache kritisch zu sehen. Zwar braucht aus meiner Sicht ein souveräner libyscher Staat eine rechtsstaatliche Sicherheitsstruktur, zu der auch eine Küstenwache gehört. Allerdings untersteht die libysche Küstenwache derzeit verschiedenen Milizenführern, die teilweise - nach Medieninformationen - selbst an Schlepperaktivitäten, Schmuggel, Menschenhandel und Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. In libyschen Flüchtlingseinrichtungen kommt es zu schwersten Menschenrechtsverletzungen, so dass durch Bundeswehr-Schulungen erlernte Fertigkeiten und Kapazitätsaufbau der Küstenwache im schlimmsten Fall die Verletzung von Menschenrechten verstärken könnte.

Die Bundesregierung muss sich außerdem mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass Seenotrettung weiter ohne jede Einschränkung stattfinden kann und eine Blockade

durch einzelne europäische Mitgliedsstaaten nicht akzeptabel ist, dabei gilt es besonders aufmerksam den sogenannten „Pull-Faktor-Mechanismus“ zu verfolgen und jeden Versuch zu unterbinden, mit dem Seenotrettung verhindert werden soll.

Auch wenn ich Teile des Mandats aus den genannten Gründen nicht unterstützen kann, stimme ich der Mandatserteilung zur Durchsetzung des Waffenembargos zu.“

## **Schutz vor Konversionsbehandlungen**

Nach der Rehabilitierung der Opfer des Paragraphen 175 und der Öffnung der gleichgeschlechtlichen Ehe wurde mit dem am 7. Mai verabschiedeten ‚Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen‘ ein weiterer politischer Meilenstein erreicht. Dieser Beschluss war mit Blick auf die Akzeptanz sexueller Vielfalt lange überfällig.



Konversionsbehandlungen sind darauf ausgerichtet, die sexuelle Orientierung oder die selbstempfundene geschlechtliche Identität einer Person gezielt zu verändern oder zu unterdrücken, in der Annahme, nicht heterosexuelle Orientierungen (zum Beispiel Homo- oder Bisexualität) oder abweichende Geschlechtsidentitäten (zum Beispiel Transgeschlechtlichkeit) seien behandlungsbedürftig. Entsprechende Behandlungen greifen in die sexuelle und geschlechtliche Entwicklung und Selbstbestimmung, in die körperliche Unversehrtheit sowie den Achtungsanspruch und die Ehre des Einzelnen ein.

Mit den Neuregelungen sind Konversionsbehandlungen bei Minderjährigen nun künftig generell verboten. Bei Erwachsenen dann, wenn die Betroffenen über den therapeutischen Nutzen der Behandlung getäuscht oder nicht hinreichend über Risiken und die nicht bewiesene Wirksamkeit aufgeklärt worden sind. Die Durchführung darf zudem nicht durch Drohung oder Nötigung erzwungen werden. Jedes Werben, Anbieten und Vermitteln von Konversionstherapien mit dem neuen Gesetz untersagt und wird strafrechtlich sanktioniert.

Einen weitergehenden Schutz, etwa ein Heraufsetzen Schutzalters auf 26 Jahre, sowie noch weitergehende Beratungsverbote konnte die SPD beim Koalitionspartner CDU/CSU nicht durchsetzen

## **Neue Kaufprämie würde Mobilitätswende gefährden**

Anlässlich der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie wird über eine neue Abwrack- bzw. Kaufprämie für die Automobilindustrie diskutiert – angelehnt an



die Abwrackprämie in der Finanzkrise 2009. Hierzu habe ich mich wie folgt auch öffentlich positioniert:



Eine weitere Abwrackprämie, die abermals lediglich den Kauf von Autos, zumal von fossil betriebenen Fahrzeugen anreizt, gefährdet die Mobilitätswende. Sie fördert den Individualverkehr zulasten anderer Mobilitätsformen und entsprechender Technologien. Über die Forderung nach Kaufprämien für PKWs mit fossilen Verbrennungsmotoren manövriert sich die Automobilindustrie ein weiteres Mal ins Abseits, nachdem sie bereits während der letzten Jahre die Marktführung für Elektromobilität an ausländische Konkurrenz verloren hat. Solche Irrwege dürfen nicht auch noch mit Steuergeldern belohnt oder angereizt werden.

Kaufprämien für Mobilität kommen allenfalls technologieoffen und ausschließlich für alternative Antriebe – Elektromobilität einschließlich Wasserstoff – in Betracht. Es muss dann aber einen Gleichklang in der Förderung auch anderer Mobilitätsformen geben – etwa im Ausbau des Schienenangebots. Damit aus Kaufprämien nachhaltige Mobilität wird, müssen zugleich die bestehenden Hemmnisse beim Ausbau Erneuerbarer Energien beseitigt werden – angefangen mit den jährlichen Ausbaumenbeschränkungen für Wind und Solar und auch dem sogenannten Solardeckel.

Zudem sind in Bezug auf Kaufprämien immer auch soziale Schieflagen zu vermeiden. Es ist für mich nicht vermittelbar, wenn weitere Bundesförderungen für gebührenfreien ÖPNV bis auf wenige Modellvorhaben nicht finanzierbar sind, im Gegenzug aber Individualverkehr noch weitergehend angereizt würde. Zudem ist die direkte Förderung durch Prämien auch gegenüber anderen Branchen, zumal mit drohenden Insolvenzen, nicht gerechtfertigt – von der Kultur bis zur Gastronomie. Es darf zu keiner Branchenübertreibung kommen. Unternehmen, die Staatshilfen beanspruchen, müssen zudem ihre Vorstandsgehältern und Gewinnausschüttungen neu sortieren. Tatsächlich verdienen viele Manager das 50 oder gar 100-fache ihrer Beschäftigten. Das muss sich ändern. Ziel der SPD ist es zudem, die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro zu begrenzen.

## **Atomwaffenstationierung beenden**

Aktuell wird intensiv über die Frage nach dem Umgang mit in Deutschland stationierten Atomwaffen diskutiert. Ich begrüße die Positionierung unseres Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich, wonach die Atomwaffen aus Deutschland abgezogen seien und sehe den Zusammenhang wie folgt:

Die Verhinderung der Verbreitung und des Einsatzes atomarer, biologischer und chemischer Waffen (ABC-Waffen) gehört zu den wichtigsten Zielen sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik. Im letzten Regierungsprogramm von 2017 hieß es zu Atomwaffen u.a.: „(...) Deutschland hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet. Allerdings erleben wir derzeit weltweit und auch in Europa einen anderen Trend: den zur Aufrüstung im nuklearen wie im nicht-nuklearen Bereich. Wir unterstützen daher regionale Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind, und setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrags die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden.“



Die internationalen Voraussetzungen für eine wirksame Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungspolitik haben sich jedoch in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Verhandlungen und Initiativen der Nuklearwaffenstaaten für eine nachweisliche Reduzierung ihrer Arsenale und eine Rückführung der Bedeutung von Kernwaffen stecken fest oder sind politisch nicht gewollt. Im Gegenteil: Derzeit erleben Kernwaffen ein politisches Comeback in den Militärdoktrinen der atomaren Supermächte und neue Rüstungswettläufe sind zu befürchten. Ein Rüstungswettlauf um präzisionsgelenkte und taktische Atomwaffen mit geringerer Sprengkraft, die auch in einer konventionellen Gefechtssituation zum Einsatz kommen könnten, ist bereits im vollen Gange. Doch auch diese "kleineren" Atomwaffen sind Massenvernichtungswaffen; ihre Sprengkraft entspricht etwa einem Drittel der Hiroshima-Bombe und ist damit 500-fach stärker als die größte konventionelle Bombe. Die größte akute Bedrohung erkenne ich somit darin, dass über die Entwicklung dieser „kleineren“ Atomwaffen von dem Abschreckungscharakter abgerückt wird und sie stattdessen zu Waffen der Verteidigung oder gar Kriegsführung betrachtet werden. So hat sich auch Donald Trump bereits geäußert. Die USA behalten sich nun vor, auf Bedrohungen, zum Beispiel auch durch Cyber-Angriffe, mit nuklearen Vergeltungsschlägen zu reagieren. Dies kann auch einen Ersteinsatz bedeuten. Das Eskalationsrisiko ist damit unüberschaubar geworden. Ein Einsatz dieser Waffen hier in Europa wird damit wahrscheinlicher. Atomwaffen auf deutschem Gebiet erhöhen unsere Sicherheit nicht, im Gegenteil.

Im Koalitionsvertrag 2018 bekannte sich die SPD noch zur nuklearen Teilhabe. Sie bedeutet, dass Deutschland bei der Abschreckungsstrategie der Nato mitentschei-

det und Flugzeuge zur Verfügung stellt, die notfalls amerikanische Atomwaffen tragen können. Die Idee der nuklearen Teilhabe ist jedoch ein Konstrukt aus der Zeit des Kalten Krieges. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde auf dem Feld der Nuklearwaffen leider nur temporär und unzureichend abgerüstet. Und auch mit dem genannten veränderten Verständnis von Atomwaffen ist dies so nicht fortzuschreiben.

Wenn Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) versucht im Alleingang Tornados der Bundeswehr durch neue US-Kampfflugzeuge zu ersetzen, um weiter zu gewährleisten, dass deutsche Kampffjets im Konfliktfall in Deutschland gelagerte US-Atomwaffen ans Ziel bringen können, muss in der Öffentlichkeit eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der nuklearen Teilhabe und der damit zusammenhängenden Entscheidung, welches milliardenschwere Nachfolgesystem für den Tornado in Frage kommt, geführt werden.

Ich denke wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen einig für Abrüstung, Rüstungskontrolle und eine nuklearwaffenfreie Welt eintreten und dies dann aber auch bei den betreffenden Einzelentscheidungen in Umsetzung bringen. Dazu zählt auch, die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland zu beenden.

## **Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen**

Die humanitäre Lage auf den griechischen Inseln war bereits vor der Corona-Pandemie mit den Wertmaßstäben der Europäischen Union nicht vereinbar und verlangt nach schnellem Handeln.



Deutschland muss nach meiner Überzeugung auch im Alleingang zumindest unbegleitete Minderjährige sofort aufnehmen sollte. Diese Forderung habe ich auch in die SPD-Fraktion mit Nachdruck eingebracht. Das sehe ich als humanitäre Pflicht der Bundesrepublik, auch ohne Einigung unter der „Allianz der Willigen“, der sich 10 EU-Staaten angeschlossen haben.

Mit der Aufnahme der ersten Minderjährigen hat nun Luxemburg Mitte April begonnen; am Sonnabend, 18. April 4.2020 sind in Niedersachsen die ersten 47 unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten eingetroffen. Wie auch die SPD-Bundestagsfraktion teile ich die Mahnung von Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius, dass dies nur ein Anfang sein könne. Die Bundesregierung hatte zugesagt, innerhalb einer „Allianz der Willigen“ mindestens 350 Minderjährige nach



Deutschland zu evakuieren. Dieses Versprechen gilt es nun umgehend einzulösen, zumal neben Niedersachsen auch andere Bundesländer und Kommunen zur Aufnahme bereit sind.

## Reden und Anhörungen



2. / 3. Lesung eines Gesetzes zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, 23. April 2020, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/9531-2/>



2. / 3. Lesung Geologiedatengesetz, Antwort auf Kurzintervention von Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 23. April 2020, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/9531-2/>



Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Dürre bekämpfen, Land und Städte widerstandsfähig aufstellen, in Klimaschutz investieren“ 7. Mai 2020, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/rede-zum-antrag-buendnis-90-die-gruenen-duerre-bekaempfen-land-und-staedte-widerstandsfahig-aufstellen-in-klimaschutz-investieren/>

## Anhörung zur Abfallrückholung aus der Asse II

Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung hat sich der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit am 22. April mit der Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II bei Wolfenbüttel in Niedersachsen befasst.



Für die Asse bei Remlingen in der in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen liegen, gibt es den gesetzlichen Auftrag einer unverzüglichen Stilllegung. Mitte April 2020 legte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) einen Rückholplan vor. Dieser Prozess wurde im Format einer Videokonferenz diskutiert, an der ich als zuständige Berichterstatterin eingebunden war.

## Im Wahlkreis

### Oster-Friedensappell

Ostern ist auch die Zeit der Friedensmärsche. Der SPD-Kreisverband Herzogtum Lauenburg hatte bereits in den vergangenen zwei Jahren – gemeinsam mit weiteren Akteuren – einen Friedensmarsch initiiert. Auch für dieses Jahr war erneut ein gemeinsamer Oster-Friedensmarsch geplant.

Aufgrund der Corona-Pandemie war eine Versammlung zum Oster-Friedensmarsch in diesem Jahr nicht möglich. An seine Stelle trat somit ein Oster-Friedensappell, denn unsere gesellschaftliche Verantwortung, für Frieden sowie friedensfördernde Maßnahmen einzutreten und weltweiten Krisenherden, kriegerischen Konflikten und Aufrüstung entgegen zu treten, bleibt auch in diesen Zeiten bestehen. Die Herausforderungen werden größer mit der Komplexität der Weltwirtschaft, dem Klimawandel und zukünftig verstärkt drohenden Auseinandersetzungen um den Zugang zu Ressourcen.



Auch Handelskriege können unmittelbar Menschenleben bedrohen. Wenn die plötzliche, aufgrund der Corona-Pandemie weltweit massiv ansteigende Nachfrage nach Atemschutzmasken und weiteren medizinischen Produkten zur Verknappung und damit auch zu Preissprüngen führt, zeigt dies, wie verletzlich Gesellschaften sind. Es kommt dabei verstärkt auf transnationale Solidarität an – einer Grundbedingung für Frieden. Zudem muss erkannt werden, dass Leistungen der Daseinsvorsorge und damit auch des Gesundheitssystems nicht in Importabhängigkeiten gelangen dürfen, soweit heimische und europäische Produktionen solche vermeiden können. Solche

schützen vor Unterversorgung und damit Menschenleben, mindern welthandelsbedingte Verknappungseffekte und ermöglichen verstärkt sowohl innereuropäische als auch weltweite transnationale Hilfen im Zeichen von Solidarität.

Zur Solidarität zählt auch bestehende Sanktionen gegenüber dem Iran für medizinische Produkte unmittelbar aufzuheben oder zumindest für die Zeit der Pandemie auszusetzen. Das handelspolitische Zusammenwachsen von Staaten verlangt zudem nach klaren Wertvorstellungen im Umgang mit Rüstungsgütern, die niemals aus wirtschaftspolitischen Gründen exportiert werden dürfen, wenn ihre mutmaßliche Verwendung der Einhaltung internationaler Vereinbarungen und von Menschenrechten widerspricht. Wir brauchen starke Vereinte Nationen – auch zur weltweiten Friedenssicherung. Für diesen Weg wie auch für die Entwicklung einer europäi-

schen Verteidigungsarmee muss der menschenrechtsbezogene, die Zivilbevölkerung und ihre Infrastruktur schützende sowie friedenssichernde Auftrag als verpflichtende Maxime stehen. Al-les andere wäre mit dem Auftrag, den unsere Verfassung an die Bundeswehr stellt, nicht vereinbar.

Der technische Fortschritt darf nicht an die Stelle der menschlichen Entscheidung über den Einsatz von Waffen treten, der immer nur auf Grundlage von Völkerrecht und unseren Verfassungswerten erfolgen darf. Autonomen Waffensystemen, die die Entscheidung über Leben und Tod auf Computer und Algorithmen verlagern und auch Atomwaffen, darunter solchen, die verstärkt über die Entwicklung kleiner Waffensysteme verfolgt werden, stellen wir uns entschieden entgegen. Wir brauchen neue Verhandlungen über die Ächtung und die Verschrottung von Atomwaffen – mit allen Atomwaffen besitzenden Staaten und Staaten, die Atomenergie nutzen. Da von Atomenergie unbeherrschbare Risiken ausgehen und bis heute weltweit keine Endlager für hochradioaktive Abfälle geschaffen wurden, darf es zu keiner verlängerten Atomenergienutzung kommen und ist auch der europäische wie weltweite Atomausstieg unser Ziel.

Eine immer größere Bedrohung auch des Friedens und der Menschheit stellt die Vernichtung endlicher Ressourcen dar. Deren Verknappung bei zugleich weltweit steigender Nachfrage und gesellschaftlichen Abhängigkeiten wird absehbar zu weiteren Kriegen um Öl und anderen Ressourcen führen, wenn diese Abhängigkeiten nicht schnellstmöglich beendet werden. Wir verstehen den Umstieg auf Erneuerbare Energien und Ressourcen vor Eintritt der Verknappung somit auch als friedenspolitische Pflicht; auch angesichts des Klimawandels brauchen wir eine zu beschleunigende Energiewende. Ernteauffälle und der Anstieg des Meeresspiegels mit einer Vertreibung von künftig vielen Millionen Menschen verlangen entschiedenes und beschleunigtes Handeln. Die Dringlichkeit bleibt auch mit der Corona-Pandemie bestehen.

## **Mitgliederversammlung der SPD Geesthacht**

Am letzten Dienstag im Monat trifft sich die SPD Geesthacht – eigentlich im Gasthaus Hagen. Nachdem die letzte Mitgliederversammlung ausfallen musste, war die Idee einer online Mitgliederversammlung schnell geboren.

Ich freue mich, dass die Verabredung mit Julian Peemöller, Vorsitzender der SPD Geesthacht, und den Genossinnen und Genossen des Ortsvereins auf diesem We-





ge bestehen bleiben konnte. Gerne berichtete ich aus Berlin und tauschte mich über aktuelle Fragen aus, etwa die Funktionsweisen der geplanten Tracing-App zur Verfolgung von Corona-Infektionen.

## **Online-Veranstaltung der SPD Stormarn**

Auf Einladung der SPD Kreisverbandes Stormarn war ich am 16. März zu Gast bei einer Online-Veranstaltung, zu der Tobias von Pein, SPD Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter, eingeladen hatte. Hier referierte ich über aktuelle Beschlüsse und Diskussionen in Berlin und tauschte mich mit den Genossinnen und Genossen aus. Thema war hier unter anderem das Fehlen von bedarfsgerechter Schutzausrüstung und die damit einhergehende Verantwortung des Staates.

## **Zu Gast bei...**

### **Daniela Kolbe zur Online-Diskussion**

Am 6. Mai war ich zu Gast in der Online-Sprechstunde bei Daniela Kolbe zu den ökologischen Folgen der Corona-Krise. Gemeinsam wurde darüber reflektiert, was wir für Umwelt- und Klimaschutz aus der Corona-Krise lernen können und wie die Weichen gestellt werden, damit es keine Rollbacks gibt, sondern wir die Pariser Klimaziele einhalten.



Nach einem Eingangsstatement wurde im Kern über handelspolitische und auch arbeitsmarktpolitische Fragen diskutiert. Viel Zustimmung erfuhr ich für die Maßgabe von Gemeinwohlökonomie: Nachhaltigkeit und Klimaschutz muss in die Rahmenbedingungen integriert werden - vom Konjunkturprogramm über das Steuersystem bis hin zum beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien.

## **Medienspots (Auswahl)**

- **20 Jahre EEG – „Viel Feind, viel Ehr“**, Solarzeitalter, Ausgabe 1/2020, vgl.: [https://www.nina-scheer.de/app/uploads/2020/04/2020-04-08-SZA\\_1\\_2020%E2%80%9393Scheer-1.pdf](https://www.nina-scheer.de/app/uploads/2020/04/2020-04-08-SZA_1_2020%E2%80%9393Scheer-1.pdf)

- **Scheer: Bund fördert Integrationsprojekte in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn-Süd**, Herzogtum direkt, vgl.: <https://herzogtum-direkt.de/index.php/2020/04/21/scheer-bund-foerdert-integrationsprojekte-in-den-kreisen-herzogtum-lauenburg-und-stormarn-sued/>
- **Scheer: Breite Versorgung mit Schutzmasken auch für Alltagsgebrauch – Unternehmen notfalls zur Produktion verpflichten**, Herzogtum direkt, vgl.: <https://herzogtum-direkt.de/index.php/2020/04/18/scheer-breite-versorgung-mit-schutzmasken-auch-fuer-alltagsgebrauch-unternehmen-notfalls-zur-produktion-verpflichten/>

## Pressemitteilungen

- **6. Mai:** Scheer: Bund fördert Sanierung der St. Georgsberg Kirche in Ratzeburg, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-bund-foerdert-sanierung-der-st-georgsberg-kirche-in-ratzeburg/>
- **5. Mai:** Nina Scheer: Mehr Anreize für ÖPNV und regenerative Mobilität statt PKW-Kaufprämie, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-mehr-anreize-fuer-oepnv-und-regenerative-mobilitaet-statt-pkw-kaufpraemie/>
- **5. Mai:** Online Austausch: Was passiert mit dem Atommüll?, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/online-austausch-was-passiert-mit-dem-atommuell/>
- **1. Mai:** Scheer am Tag der Arbeit: „Corona bedeutet auch: besonderen Schutz für Vereinbarkeit von Arbeit mit Familie.“, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-am-tag-der-arbeit-corona-bedeutet-auch-besonderen-schutz-fuer-vereinbarkeit-von-arbeit-mit-familie/>
- **29. April:** Scheer: Corona-Pandemie bedeutet erst recht auf Klimaschutz zu setzen, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-corona-pandemie-bedeutet-erst-recht-auf-klimaschutz-zu-setzen/>
- **29. April:** Scheer: Beratung und Unterstützung gegen häusliche Gewalt, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-beratung-und-unterstuetzung-gegen-haeusliche-gewalt/>
- **20. April:** Scheer: Bund fördert Integrationsprojekte in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn-Süd, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-bund-foerdert-integrationsprojekte-in-den-kreisen-herzogtum-lauenburg-und-stormarn-sued/>
- **17. April:** Scheer für breite Versorgung mit Schutzmasken auch für Alltagsgebrauch – Unternehmen notfalls zur Produktion verpflichten, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-breite-versorgung-mit-schutzmasken-auch-fuer-alltagsgebrauch-unternehmen-notfalls-zur-produktion-verpflichten/>
- **9. April:** Nina Scheer mahnt Landesregierung an: Keine willkürlichen Maßnahmen im Umgang mit Corona, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/nina-scheer-mahnt-landesregierung-an-keine-willkuerlichen-massnahmen-im-umgang-mit-corona/>
- **2. April:** Scheer: Förderung für Mehrgenerationenhäuser gesichert, vgl.: <https://www.nina-scheer.de/scheer-foerderung-fuer-mehrgenerationenhaeuser-gesichert/>



**WAS PASSIERT MIT DEM ATOMMÜLL?**  
**VIDEOKONFERENZ, MONTAG, 11. MAI, 18 UHR**  
**MIT NINA SCHEER UND STEFAN STUDT (VORSITZENDER DER  
GESCHÄFTSFÜHRUNG DER BUNDESGESELLSCHAFT FÜR  
ENDLAGERUNG)**  
**ANMELDUNG AUF [WWW.NINA-SCHEER.DE](http://WWW.NINA-SCHEER.DE)**

Dr. Nina Scheer - SPD-Bundestagsabgeordnete



**Nächste Termine und Veranstaltungshinweise vgl. unter [www.nina-scheer.de](http://www.nina-scheer.de)**

**Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages**

[nina.scheer@bundestag.de](mailto:nina.scheer@bundestag.de) • [www.nina-scheer.de](http://www.nina-scheer.de)

**Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin**

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

**Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg**

Tel.: 04102 6916011

**Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht**

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht





**„CORONA BEDEUTET AUCH:  
BESONDEREN SCHUTZ FÜR  
VEREINBARKEIT VON ARBEIT  
MIT FAMILIE.“**

**1. MAI - TAG DER ARBEIT**

Dr. Nina Scheer - SPD-Bundestagsabgeordnete



Foto: BWE, Jana Lüth



**OSTER  
FRIEDENS  
APPELL**



HERZOGTUM LAUENBURG  
Bezirk Sudholstein  
Mölln-Hogew